

Unter Johannes Paul II. setzte sich der Heilige Stuhl verstärkt für die Durchsetzung der Menschenrechte und für die Einhaltung der Religions- und Gewissensfreiheit in Osteuropa ein. Der Papst aus Polen beschränkte sich nicht nur auf Reden und Ansprachen, sondern eröffnete unter anderem durch seine spektakulären Reisen eine neue Ära der internationalen Beziehungen des Heiligen Stuhles, die sich mit „Pastoraldiplomatie“ umschreiben läßt.

Christentum und kulturelle Identität Europas

Im Unterschied zu seinen Vorgängern befaßt sich Johannes Paul II. nicht so sehr mit den Grundlagen des europäischen Einigungsprozesses. Um so mehr hebt der gegenwärtige Papst hervor, daß heute wie in der Vergangenheit die Evangelisierung Europas seine Identität bestimmen müsse. Im Zentrum der Äußerungen Johannes Pauls II. zur europäischen Einigung wie überhaupt zu politischen und sozialetischen Fragestellungen steht die Priorität des Menschen als personales Subjekt. Der Papst zeichnet sich neben allem Interesse für die europäische Integration und aller Einsicht in die Notwendigkeit einer politischen Einigung Europas vor allem durch die spirituelle Prägung seiner Äußerungen als Seelsorger aus.

Die Politik Johannes Pauls II. war ein Vorbote der ungeahnten politischen Zäsur, die die Jahre 1989 und 1990 für Euro-

pa brachten. Von Europa heute zu sprechen, läßt im Hinblick auf seine bestimmenden Kräfte die Geschichte zur Gegenwart und die Gegenwart zum bedingenden Grund für den Weg in die Zukunft werden. Die Wurzeln für die europäische Verantwortung, so wie sie Max Weber in seiner Schrift „Politik als Beruf“ skizzierte, sind mannigfaltig. Fest steht, daß jene Ordnungsvorstellungen, die in Folge der Französischen Revolution als Forderung nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit formuliert wurden, in vieler Hinsicht eine Säkularisation christlichen Gedankengutes darstellen. Diese Grundrechte verlangen heute, wie Johannes Paul II. immer wieder betont, im Prozeß der europäischen Integration besondere Aufmerksamkeit: Schutz des ungeborenen Lebens, Achtung des Lebens, ein würdevolles Miteinander in einem Europa mit demokratischen, liberalen und auch auf den Umweltschutz bezogenen Grundrechten.

Aufgabe des Heiligen Stuhles im europäischen Integrationsprozeß ist es heute vor allem, unter den Europäern das Bewußtsein zu erneuern, daß ihre kulturelle Identität zu einem entscheidenden Teil von christlicher Erfahrung und Lebensweise geprägt ist. Europa ist nicht nur eine politische Großmacht, seine kulturelle Bedeutung spiegelt sich auch in der Glaubensüberzeugung und dem Wertebewußtsein seiner Bevölkerung wider. Kräfte für ein geeintes Europa, für eine Identität Europas, liegen aus der Sicht der Kirche vor allem im Erhalt christlichen Glaubensbewußtseins und christlicher Werte.

Andreas M. Rauch

Vertane Chancen

Bürgerkrieg und Hunger in Angola

Seit der Unabhängigkeit Angolas im Jahr 1975 wird das Land von einem blutigen Bürgerkrieg erschüttert. Als die verfeindeten Bürgerkriegsparteien MPLA und UNITA im Mai 1991 ein Friedensabkommen unterzeichneten, das die ersten freien Wahlen für September 1992 vorsah, keimte die Hoffnung auf eine Beilegung der Konflikte in dem mit Rohstoffen reich gesegneten Land. Nachdem die UNITA allerdings schon kurz nach den Wahlen das für sie ungünstige Ergebnis nicht anerkannte, brachen die Kämpfe von neuem aus und rissen Angola in einen Sog der Gewalt. Hunger und Unterernährung als Folgen des Krieges haben im vergangenen Jahr mehr als hunderttausend Menschen das Leben gekostet.

Ein politischer Neuanfang mit dauerhaftem Frieden in Angola steht weiterhin aus. Seit 1961 befindet sich das Land fast ununterbrochen im *Kriegszustand*. Das ausgeblutete Angola, das aufgrund seiner wertvollen Bodenschätze (Erdöl, Diamanten, Eisenerz, Mangan) eines der wohlhabendsten Länder Schwarzafrikas sein könnte, wird ohne eine dauerhafte Befriedung seinen Platz unter den ärmsten Ländern der Welt nicht verlassen können. Die Lebenserwartung beträgt 45 Jahre, die Kindersterblichkeitsrate ist eine der höch-

sten der Welt. Kein anderes Land im südlichen Afrika hatte in den vergangenen zwei Jahrzehnten so hohe Kriegsverluste zu verbuchen wie Angola. Dies betrifft zum einen die *Infrastruktur* des Landes, die fast vollständig zerstört wurde, zum anderen die *wirtschaftlichen Einbußen*, die für die achtziger Jahre in einer Unicef-Studie auf rund 35 Milliarden Dollar beziffert werden.

Die jüngere Geschichte Angolas ist bis 1975 durch den Kampf gegen die Kolonialmacht Portugal, danach durch die

erbitterte Feindschaft zweier politischer Parteien (MPLA und UNITA) gekennzeichnet. Beide Parteien trennen nicht nur unterschiedliche ideologische Ausrichtungen, sie repräsentieren zugleich die größten Ethnien des Landes, in denen sie über politische Fragen hinweg ihren Rückhalt finden. Die MPLA (Movimento Popular de Libertação de Angola/Volksbewegung für die Befreiung Angolas) wurde 1956 als Organisation städtischer Intellektueller in Luanda gegründet und vereinigt die dort und im Hinterland der Hauptstadt lebenden *Kimbundus*, die etwa 25 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. Die MPLA entwickelte eine linksorientierte radikale Befreiungsideologie, mit der sie sich in die Tradition anderer revolutionärer Befreiungsbewegungen in Afrika stellte. Schon in den sechziger Jahren fand sie Unterstützung aus den Reihen sozialistischer Staaten.

Die Feindschaft zwischen MPLA und UNITA

Die UNITA (União Nacional para a Independência Total de Angola/Nationale Union für die vollständige Unabhängigkeit Angolas) bildete sich nach einer Abspaltung aus einer anderen Unabhängigkeitsbewegung 1965. Seit dieser Zeit wird die UNITA von *Jonas Savimbi* geführt, der selbst aus dem Stamm der *Ovimbundu* im zentralen angolanischen Hochland stammt und aus dieser größten angolanischen Stammesgruppe (40 Prozent der Bevölkerung) seine Anhängerschaft rekrutiert. Sowohl Savimbi als auch der Gründungsvater der MPLA, *Antonio Agostinho Neto*, sind Söhne protestantischer Prediger und studierten in Lissabon Medizin. Mit Guerillaaktionen und Sabotageaktionen bekämpften beide Organisationen das Kolonialregime, konnten es aber militärisch nie gefährden. Bereits in dieser Phase der Unabhängigkeitskämpfe arbeiteten die Befreiungsbewegungen nicht zusammen, sondern behinderten sich teilweise sogar.

Als im April 1975 junge portugiesische Offiziere die Caetano-Diktatur stürzten und in Lissabon die Macht übernahmen, war der Weg zur Unabhängigkeit Angolas über Nacht freigeworden. Ohne größeres Interesse an der Zukunft seines ehemaligen Kolonialreiches zog sich Portugal überhastet aus Angola zurück. Die von Lissabon eingesetzte Übergangsregierung aus den drei stärksten angolanischen Befreiungsbewegungen MPLA, UNITA und FNLA (Nationale Front für die Befreiung Angolas) zerbrach praktisch mit dem Abzug der letzten portugiesischen Truppen. Jede der drei Bewegungen fühlte sich allein legitimiert, das angolanische Volk zu vertreten. Im Zuge gewaltsamer Auseinandersetzungen um die Macht suchten sich die verfeindeten Parteien Bündnispartner, die sie schließlich im *Ausland* finden. Diese Internationalisierung des angolanischen Bürgerkriegs im Rahmen des weltweiten Ost-West-Konfliktes sollte die Zukunft des Landes für die folgenden fünfzehn Jahre bestimmen.

Die MPLA, die seit Jahren über gute Kontakte zum sozialistischen Lager verfügte, lehnte sich enger an den *Ostblock* an. Mit Unterstützung sowjetischer Militärberater und kubanischer Truppen konnte sie den Machtkampf 1976 militärisch für sich entscheiden. Während die FNLA schon bald in der Bedeutungslosigkeit verschwand, hatte die UNITA in *Südafrika* einen dauerhaften Partner im Kampf gegen den Kommunismus gefunden. Obwohl auch die Unterstützung durch das Apartheid-Regime die Niederlage der UNITA nicht verhindern konnte, war damit die Grundlage für südafrikanische Destabilisierungspolitik in Angola geschaffen. Was sich in den Jahren nach der Unabhängigwerdung in Angola abspielte, ist ein typisches Beispiel für Stellvertreterkriege im Zeichen des Kalten Krieges.

Während sich die MPLA 1977 endgültig in eine marxistisch-leninistische Partei umformierte und als Staatspartei den sozialistischen Entwicklungsweg einschlug, begann die UNITA mit südafrikanischer Unterstützung, später auch mit Hilfe westlicher konservativer Kreise und Regierungen, einen kompromißlosen bewaffneten Kampf gegen die Regierung. Es handelte sich dabei von Anfang an um einen schmutzigen Krieg, der in unzähligen Vergeltungsaktionen zwischen 300 000 und 500 000 Menschen, darunter viele Zivilisten, das Leben kostete.

Der von beiden Seiten mit unerbittlicher Härte geführte Bürgerkrieg war sicherlich die wesentliche Ursache für die andauernde Unterentwicklung Angolas, nicht aber die einzige. Der massenhafte Exodus der Portugiesen vor der Unabhängigkeit war zunächst ein schwerer Verlust für die junge „Volksrepublik Angola“. Während der Kolonialzeit waren nicht nur die höheren, sondern auch die mittleren Sektoren in Wirtschaft und Verwaltung fast durchgehend von Portugiesen besetzt. Nach deren Abzug standen – vor allem auch wegen eines äußerst mangelhaft ausgebauten Bildungssystems – keine einheimischen Fachkräfte mit ausreichender Qualifikation zur Verfügung.

Eine kurze Zeit des Aufatmens

Dabei standen die Chancen für einen wirtschaftlichen Aufschwung 1975 nicht schlecht. Um den Unabhängigkeitsideen entgegenzuwirken, hatte Portugal in den sechziger und siebziger Jahren die wirtschaftliche Entwicklung mit Hilfe ausländischer Investitionen vorangetrieben und hohe Wachstumsraten erzielen können. Daß sich die Welthandelspreise für einen der Hauptexportzweige Angolas, die Planwirtschaft, seit Ende der siebziger Jahre kontinuierlich rückläufig entwickelten, verstärkte die ökonomische Talfahrt des jungen Staates. Als weitere Ursache der wirtschaftlichen Rezession muß die *Ineffizienz der sozialistischen Staatswirtschaft* genannt werden, die zum Teil allerdings derart unkoordiniert ablief, daß kaum von „Planwirtschaft“ gesprochen werden konnte. Bis heute ist die Korruption der Staatsklasse selbst für afrikanische Verhältnisse beispiellos. 1992 erhielt

jeder Parlamentsabgeordnete auf Staatskosten einen Audi 100 geschenkt (was der Volksversammlung den Namen „Auditorium“ eintrug).

Schwere wirtschaftspolitische Fehler der MPLA-Regierung zogen vor allem den *landwirtschaftlichen Sektor* in Mitleidenschaft. Da die neugebildeten Staatsfarmen ineffektiv arbeiteten und für die Kleinbauern aufgrund niedrig gehaltener Preise kaum noch Anreize zum Anbau bestanden, sank die landwirtschaftliche Produktion derart, daß schon bald nach der Unabhängigkeit Versorgungsengpässe in den Städten entstanden. Aus dem ehemaligen Exportland für Agrarprodukte (Mais, Maniok, Bohnen) war ein Empfängerland internationaler Nahrungsmittelhilfe geworden. Heute muß Angola mehr als die Hälfte seines Maisbedarfs einführen. Der Krieg, in den die angolansische Regierung jahrelang etwa die Hälfte ihrer Exporteinnahmen investierte, um den Angriffen der UNITA zu trotzen, verschlang wertvolle Ressourcen. Die Teilung des Landes in von der UNITA und MPLA beherrschte Regionen und die damit verbundene Einschränkung der Transportmöglichkeiten war ein weiterer Hemmschuh für wirtschaftliche Entwicklung.

Der Bürgerkrieg zwischen MPLA und UNITA überzog das Land mit einer *Welle der Gewalt*. Anfang der achtziger Jahre konnte sich die UNITA mit südafrikanischer und nordamerikanischer Unterstützung im Hinterland festsetzen und der Regierung immer größere Landstriche entreißen. Heute kontrolliert die MPLA lediglich den schmalen Küstenstreifen sowie einige eingekesselte Provinzstädte. Die UNITA hingegen beherrscht 70 Prozent des Landes. Beide Seiten gingen und gehen zur Durchsetzung ihrer Ziele mit ungeheurer Brutalität vor, betreiben eine Politik der verbrannten Erde. Es gibt nur unzureichende Angaben über die Kriegszerstörungen, doch allein zwischen 1980 und 1984 wurden 1700 Grundschulen zerstört. Die Einschulungsrate sank in diesem Zeitraum von 76 auf 44 Prozent.

1990 wurde beiden Kriegsparteien scheinbar endgültig bewußt, daß keine Seite stark genug war, die andere zu besiegen. In einem veränderten weltpolitischen Klima der gegenseitigen Annäherung der Supermächte waren diese nicht mehr in gleichem Maße an der Vorherrschaft in Angola interessiert. Auf der Grundlage einer portugiesischen Friedensinitiative unter Einbeziehung der USA und der Sowjetunion kam es nach langwierigen Verhandlungen schließlich zu einem Friedensabkommen, das im Mai 1991 im portugiesischen Bicesse geschlossen wurde und dem 16jährigen Bürgerkrieg zunächst ein Ende bereitete. Das historische Abkommen sah einen sofortigen Waffenstillstand, die Abhaltung demokratischer Wahlen Ende 1992 sowie die Demobilisierung beider Streitkräfte vor. Der Friedensprozeß sollte von einer UN-Kommission (UNAVEM II) überwacht werden.

Die 16 Monate zwischen der Unterzeichnung in Bicesse und den Wahlen, die dann am 29. September 1992 stattfanden, gelten heute in Angola als eine Zeit der Euphorie und des Aufatmens. Nach 30 Jahren Krieg war die Bevölkerung der

permanenten Kämpfe überdrüssig – sie wollte nichts als Frieden. Die Wahlen, von der UNO als „frei und fair“ beurteilt, brachten der langjährigen Regierungspartei MPLA einen hohen Überraschungssieg. Sie erhielt die absolute Mehrheit der Sitze im Parlament, ihr Präsidentschaftskandidat *José Eduardo dos Santos* gewann zehn Prozent mehr Stimmen als sein Widersacher Savimbi. Dieser hatte schon vor der Wahl verkündet, daß alles andere als sein Sieg eine Wahlfälschung bedeute. Entsprechend dieser Devise erkannte die UNITA das Ergebnis des Urnengangs nicht an.

Nun rächte sich, daß bis zum Zeitpunkt der Wahlen nur ein Teil der insgesamt 150 000 Soldaten beider Lager entwaffnet worden war. In der Angst, den Machtkampf in Angola endgültig zu verlieren, griff Savimbi erneut zu den Waffen. Es kam zu den blutigsten Auseinandersetzungen, die Angola bis dahin erlebt hatte. Beide Seiten veranstalteten Pogrome gegenüber den Anhängern der anderen Partei. Augenzeugen berichteten, daß die Straßen Luandas mit Leichen übersät waren. Der Krieg hat sich seitdem auf das ganze Land ausgeweitet. Die Provinzstädte Huambo, Kuito und Menongue sind nach zum Teil monatelangen Bombardements vollständig zerstört.

In den letzten zwölf Monaten ein blutiger Krieg

Das Wiederaufflammen der Kämpfe war eine Katastrophe für Angola und eine schwere Niederlage für die Vereinten Nationen. Letztere tragen durch ihr halbherziges Vorgehen ein gerütteltes Maß an Mitschuld an dem Debakel in Angola. So war der Zeitraum bis zu den Wahlen bei weitem zu kurz: Die Entwaffnung der Armeen war nur unzureichend durchgeführt worden und ließ beiden Parteien die Option auf eine Rückkehr in den bewaffneten Kampf. Die UNITA konnte nach den Wahlen innerhalb kürzester Zeit 25 000 bis 30 000 Soldaten kurzfristig mobilisieren. In Mosambik hat die UNO die Lehren aus der angolansischen Erfahrung gezogen; dort wurden die Wahlen aus gleichem Grund bereits mehrfach verschoben und dem UN-Beauftragten weitergehende Rechte eingeräumt.

Mitausschlaggebend für die Entwicklung in Angola war auch die zu geringe Zahl von 800 UN-Vertretern im Land, die nicht ausreichten, um den Vorwurf des Wahlbetrugs von vornherein abwehren zu können. Kam im Nachbarland Namibia noch ein UN-Beamter auf 300 Einwohner, so war das Verhältnis in Angola 1:15 000. UNAVEM II ging als eine der billigsten, leider auch als eine der erfolglosesten UN-Missionen in die Geschichte ein. Hätte Angola ein Jahr mehr zur Vorbereitung der Wahlen gehabt, so hätten sich die verhängnisvollen Nachwirkungen vielleicht vermeiden lassen. Keine der beiden angolansischen Kriegsparteien war letztlich auf demokratische Spielregeln genügend vorbereitet.

Die Auseinandersetzungen der vergangenen zwölf Monate in Angola wurden nicht zu Unrecht als „blutigster Krieg der

Welt“ bezeichnet. Die genaue Zahl der Opfer wird wohl für immer unbekannt bleiben, 100 000 sind es mindestens. Da der Beginn der Kämpfe mit dem Zeitpunkt der Aussaat zusammenfiel, fiel die landwirtschaftliche Produktion weitgehend aus. In den umkämpften Provinzstädten ist die Versorgungssituation besonders prekär. Typisch ist die Situation in der südanolanischen Provinzhauptstadt Menongue. Dort sind während der neun Monate langen Bombardements täglich 30 Kinder an den Folgen der Unterernährung gestorben. Der einzige Arzt, der in dieser Zeit noch in der Stadt war, verfügte über nahezu keine Medikamente und mußte dem Massensterben fast tatenlos zusehen. Hinzu kommt die Knappheit an Nahrungsmitteln. Menongue wird wie auch einige andere Städte im Hinterland von der MPLA gehalten, ringsum aber von der UNITA belagert. Sämtliche Zufahrtswege sind vermint, keiner der Einwohner kann die Stadt verlassen, ohne sein Leben zu riskieren.

Die Millionen von *Landminen*, die in ganz Angola vergraben sind, bringen die Brutalität des Krieges vielleicht am deutlichsten zum Ausdruck. Es gibt keinerlei zuverlässige Angaben über ihre genaue Anzahl. Durchaus wahrscheinlich sind jedoch Schätzungen, wonach auf jeden der rund zehn Millionen Angolaner eine Tretmine kommt. Seit Januar 1993 sollen mehr Minen ausgelegt worden sein als in den vorangegangenen fünf Jahren. Mehr als 100 000 – zumeist beinamputierte – Minenopfer leben in Angola. Überall prägen sie das Bild der Straßen. Besonders betroffen ist die ländliche Bevölkerung, die bei der Feldarbeit Opfer der heimtückischen und nicht sichtbaren Minen wird. Es handelt sich dabei um spezielle Personenminen, die darauf ausgerichtet sind, ihre Opfer nicht zu töten, sondern zu verstümmeln. Eine Räumung der Minen in dem Flächenstaat ist angesichts der augenblicklichen politischen Verhältnisse und der immens hohen Kosten einer solchen Aktion eine kaum realisierbare Aufgabe.

Die Kirche: Versöhnungsappelle und humanitäre Hilfe

Die Bewohner der im zentralen Hochland gelegenen Stadt Kuito traf der neu aufgeflamnte Krieg besonders hart. Die Frontlinie trennte die Stadt in zwei Teile, zeitweise gingen 1500 Granaten täglich über Kuito nieder. Schließlich behielt die MPLA den Stadtkern in ihrer Hand, das Umland wie der Flughafen werden von der UNITA beherrscht. Von den ehemals 250 000 Einwohnern wurden 30 000 getötet, viele flüchteten unter Lebensgefahr in das Umland. 51 000 Menschen leben noch in den Ruinen Kuitos ohne Wasser- und Stromversorgung. Als es der Caritas Angola Anfang November 1993 zum ersten Mal gelang, mit einem Hilfsgüterflug in die zerstörte Stadt zu kommen, bot sich den Mitarbeitern ein Bild des Grauens. Die ausgehungerten Bewohner von Kuito glichen lebenden Toten. Unterernährung hatte zur massenhaften Ausbreitung von Krankheiten wie Tuberkulose ge-

führt, Krankenschwestern berichteten auch von Lepra. Die Straßen sind gesäumt von zerschossenen Panzern und Fahrzeugen, über allem lag eine gespenstische Ruhe.

Katastrophal waren auch hier die Verhältnisse in den Krankenhäusern. Die zahlreichen Minen- und Granatenopfer mußten ohne Narkose operiert werden. Nach zahlreichen Plünderungen während der Kämpfe stand für die meisten Opfer nicht einmal ein Bett bereit – die meisten lagen auf dem nackten Boden. Wie anderswo auch gab es in Kuito selbst für Geld kaum noch Lebensmittel zu kaufen, auf den Märkten wurden für gefangene Ratten Spitzenpreise gezahlt. Über die Situation in dem größtenteils unzugänglichen, kaum erschlossenen Hinterland liegen praktisch keine Informationen vor. Die Vereinten Nationen schätzen, daß zur Zeit sechs der zehn Millionen Angolaner auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen sind. Darunter befinden sich auch rund drei Millionen Flüchtlinge, die aufgrund der Kriegswirren im eigenen Land vertrieben wurden.

Nach der gescheiterten Hoffnung auf Frieden hat sich die Versorgungslage in Angola dramatisch zugespitzt und ist, wie viele Angolaner meinen, die wahrscheinlich schlechteste, die das Land je erlebt hat. Auf diesem Hintergrund hat sich auch der überwiegende Teil der *katholischen Kirche Angolas*, der die Hälfte der Bevölkerung angehört, der Not gestellt. Jahrelang litt die Kirche unter dem sozialistischen Regime unter großen Repressalien, wurde in ihrer pastoralen wie caritativen Arbeit behindert. Gleichzeitig stand sie stets im Spannungsfeld der beiden Bürgerkriegsparteien, die sie oftmals der Sympathisantenschaft mit der jeweils anderen Seite verdächtigen.

Es ist ein großes Verdienst der angolanischen Bischofskonferenz, daß sie sich trotz dieses hohen Drucks nie spalten ließ. Obwohl auch unter den Bischöfen durch Stammeszugehörigkeit wie politische Einstellung unterschiedliche Affinitäten zu den Kriegsparteien existieren, behielten sie als Gremium eine einheitliche und unabhängige Position. Als nach den gescheiterten Wahlen 1992 die Kämpfe von neuem aufflammten, verurteilten die Bischöfe jede weitere Kriegshandlung als „nationalen Selbstmord“. Die angolanische Bischofskonferenz steht für die Einheit des Landes und hat daher stets zu einer Zusammenarbeit über Stammesgrenzen hinweg aufgerufen. Allen Militärangehörigen, die sich an Vergeltungsaktionen beteiligen, wurde die Exkommunikation angedroht.

Die angolanische Kirche beließ es aber nicht bei Friedens- und Versöhnungsappellen. Vielmehr schaltete sie sich direkt in die humanitäre Hilfe ein, von der für Hunderttausende in Angola das Überleben abhängt. Der Bischof von Menongue, *José de Queiros Alves*, sprach in diesem Zusammenhang von einer „Pastoral de Comida“, einer „Lebensmittelpastoral“, die angesichts der äußersten Not im Lande eine dringliche Aufgabe der Kirche sei. Unter Federführung der Caritas Angola wurde deshalb im Mai 1993 eine Luftbrücke eingerichtet, die von der Hauptstadt Luanda aus Nahrungsmittel und andere Hilfsgüter in elf Provinzstädte fliegt, die größtenteils auf dem Landweg nicht mehr zu erreichen sind. Möglich

waren diese Hilfen nur, weil es in allen Städten Mitarbeiter von Kirche und Caritas gab, die trotz der monatelangen Kämpfe ausgeharrt hatten und nun die Verteilung der Hilfsgüter organisieren konnten. Deshalb werden auch Nahrungsmittel der Vereinten Nationen über die Caritas verteilt.

Über die Caritas-Luftbrücke konnten bis Jahresende 1993 rund 2700 Tonnen Hilfsgüter in die Notgebiete gebracht werden, wo sie rund 600 000 Menschen erreichen. Dies ist nach dem Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen in Angola die wichtigste Versorgungsschiene ins Hinterland. Finanziert wird das Hilfsprogramm aus Mitteln europäischer Caritasverbände. Mitte November 1993 riefen die katholischen Bischöfe die Kriegsparteien erneut auf, durch einen Waffenstillstand bessere Bedingungen für humanitäre Hilfe zu schaffen. In der Tat wären sichere Landkorridore das beste Mittel, um noch mehr Hungertote zu verhindern. „Das Übel Angolas ist, daß es reich ist“, stellen die Bischöfe in ihrem Hirtenwort zutreffend fest.

Würden nicht sowohl die MPLA mit reichen Erdölvorkommen im Norden als auch die UNITA mit Diamantenminen im Osten über *nicht versiegende Finanzierungsquellen* verfügen, hätte das Blutvergießen vielleicht schon längst ein Ende gefunden. Der unversöhnliche Haß der beteiligten Bevölkerungsgruppen und die weitverbreitete Korruption werden von den Bischöfen als die Wurzeln des angolanischen Dramas gegeißelt. Der Respekt, den beide Parteien in jüngster Zeit der katholischen Kirche entgegenbringen, beweist, daß diese zunehmend zu einer übergreifenden moralischen Autorität herangewachsen ist. Für einen zukünftigen Friedensprozeß kann ihr eine wichtige Rolle zufallen.

Die neuere Geschichte Angolas ist eine Geschichte vertaner

Chancen. Den jahrelangen Niedergang des Landes nur der Unfähigkeit der angolanischen Politiker zuzuschreiben, wäre allerdings zu kurz gegriffen. Über eineinhalb Jahrzehnte hinweg wurde einer der blutigsten Kriege der Welt mit tatkräftiger Unterstützung aus Ost und West gefördert. Spät, vielleicht zu spät wurden richtige Signale gesetzt wie die UN-Sanktionen gegen die UNITA nach ihrem Wahlboykott oder die Anerkennung der MPLA-Regierung im Mai 1993 durch die USA. Heute haben die Angolaner ihr Schicksal selbst in der Hand. Wie auch die jüngsten Waffenstillstandsverhandlungen zeigten, gibt es bei der Suche nach Frieden mehr Fragen als Antworten. Wie läßt sich die junge Mehrheit der Bevölkerung, die ihr ganzes Leben nur Haß und Gewalt gesehen hat, in die Gesellschaft integrieren? Wo sollen die schätzungsweise drei Millionen Flüchtlinge eine neue Zukunft finden?

Längst geht es in Angola nicht mehr einfach um die Anerkennung der Wahlen durch die UNITA. Die Ereignisse des vergangenen Jahres haben mühsam aufgebautes Vertrauen zerstört, abermals einen tiefen Keil in das angolanische Volk getrieben. Viele Beobachter sind inzwischen der Meinung, daß es unter den seit Jahren agierenden Führungspersonen in MPLA und UNITA, dos Santos und Savimbi, niemals zu Frieden, allenfalls zu Feuerpausen kommen wird. Ihren Kredit in der Bevölkerung haben beide Parteien längst verspielt. Eine politische Alternative ist nicht in Sicht. „In die MPLA habe ich all mein Vertrauen verloren, vor der UNITA habe ich schreckliche Angst“, bringt ein Bischof eine weitverbreitete Stimmung auf den Punkt. Wann eine neue Generation die Ruder in die Hand nimmt und nationale Versöhnung verwirklichen wird, bleibt abzuwarten. Oliver Müller

Revolution der Trauer

Die Islamische Republik Iran vor neuen Herausforderungen

Innerhalb der islamischen Welt nimmt der Iran eine Sonderstellung ein. Überall sonst sind die Schiiten eine Minderheit, im Iran ist diese Form des Islam seit dem 16. Jahrhundert Staatsreligion. Nach dem Sturz des Schah wurde der Iran zur Islamischen Republik, in der den schiitischen Rechtsgelehrten weitgehende Kontrollbefugnisse über die staatliche Gesetzgebung zukommen. Die Islamische Revolution im Iran hat sich konsolidiert und bestimmt weiterhin das politische und kulturelle Leben. Allerdings fehlt der schiitischen Welt derzeit eine höchste Autorität in Rechts- und Religionsfragen.

Es ist etwas stiller geworden um den Iran. Die gegenwärtige Lage der Islamischen Republik scheint nicht mehr der Aufmerksamkeit wert, deren sich das Land in früheren Jahren sicher sein konnte. Dabei ist die politische, religiöse und wirtschaftliche Situation in diesem „Gottesstaat“ unter den verschiedensten Aspekten zur Zeit außerordentlich interes-

sant. Seit der ersten Hälfte 1993 ist wieder eine gewisse Öffnung des Landes auch gegenüber dem Westen zu beobachten: Europäische Studenten erhalten die Möglichkeit, an Sprachkursen der Teheraner Universität teilzunehmen, in vorsichtigen Größen werden westliche Touristen ins Land gelassen und die Ausfuhr von Büchern aus persischer Pro-